

Leser schreiben ...

Parteienfinanzierung

(„Landtag intern“ Nr. 10/1986, Seite 9: „Diether Posser als Zeuge vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß.“)

Über Ihren Bericht hinaus erscheint mir aus der Vernehmung von Finanzminister Dr. Posser ein weiterer Aspekt erwähnenswert:

Der Minister hat – sinngemäß – dargelegt, daß er seit jeher eine transparente und kontrollierbare staatliche Parteienfinanzierung befürwortet habe. Gerade junge und sich bildende Parteien, wie auch kleine Parteien, dürften nicht nur auf Mitgliederbeiträge und Spenden angewiesen sein. Jedoch halte er es für unverzichtbar, die staatliche Finanzierung der Parteien offen auszuweisen und für Organe des Staates und Parlamente nachprüfbar vorzunehmen. Deshalb habe er auch die im Parteiengesetz von 1967 eingeführte Wahlkampfkostenerstattung begrüßt. Er habe ab diesem Zeitpunkt allerdings angenommen, daß die finanziellen Schwierigkeiten der Parteien mit dieser Regelung gelöst waren. Nur vor diesem Hintergrund ist der letzte Satz Ihrer Berichterstattung verständlich, der lautete: „Er (Dr. Posser) habe immer die Meinung vertreten, ..., daß die politischen Parteien nicht allein auf die Mitgliederbeiträge zur Finanzierung ihrer Aufgaben verwiesen werden dürften.“

Dr. Barbara Hendricks, Finanzministerium, Presse- und Informationsreferat, 4000 Düsseldorf.

(* Leserbriefe müssen nicht in jedem Fall mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Auswahl und Kürzungen bleiben vorbehalten.)

Zeugenaussage

In Ausgabe 7, Seite 12, hatte „Landtag intern“ die Aussage des Zeugen Lambert Lohmar vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß gemäß Artikel 41 der Landesverfassung wie folgt wiedergegeben: „Anlaß für die fehlenden Akten sei die Frage gewesen, ob die WSV steuerlich als Berufsverband – diese Ansicht habe er vertreten –, oder als politische Vereinigung, wie dies die WSV selber sah, einzustufen war.“ Diese Äußerung ist sinnentstellend wiedergegeben worden. Richtig muß es heißen: „Anlaß für die fehlenden Akten sei die Frage gewesen, ob die WSV steuerlich als Berufsverband – wie dies die WSV selber sah –, oder als politische Vereinigung, diese Ansicht habe er vertreten, einzustufen war.“

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 88 43 03, 88 43 04 und 88 45 45

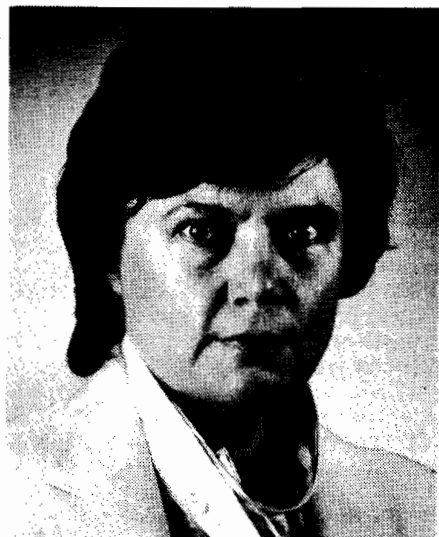
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Druck: Rheindruck Düsseldorf GmbH

Porträt der Woche



Brunhild Decking-Schwill (CDU)

„Politiker müssen Wettbewerb ertragen können, auch Niederlagen.“ Gelassen äußert Brunhild Decking-Schwill (49) diesen Satz: Den politischen Wettbewerb nahm sie vor zwölf Jahren auf, als sie in Dortmund in die CDU eintrat, persönliche politische Niederlagen hat sie bislang allerdings nicht einstecken müssen.

Die Karriere ging stetig bergauf. Sie begann als Vorsitzende der Dortmunder Bezirksvertretung Innenstadt-Ost, setzte sich in sechsjähriger Ratsmitgliedschaft fort und mündete im Mai 1985 im Landtag. In der Dortmunder CDU ist sie seit 1980 stellvertretende Kreisvorsitzende, seit vielen Jahren leitet sie den CDU-Stadtbezirk Innenstadt-Ost, und seit wenigen Wochen hat sie den stellvertretenden Vorsitz des neuen CDU-Bezirks Ruhrgebiet inne. Diesen Werdegang gibt sie ohne Überheblichkeit, aber auch ohne falsche Bescheidenheit zur Kenntnis.

Selbstbewußt weist Brunhild Decking-Schwill darauf hin, daß sie sich in allen Fällen in Kampfabstimmungen durchgesetzt hat; als politische „Alibi-Frau“ habe sie sich nie gefühlt, das entspreche auch nicht den Tatsachen. Eine Ausnahme räumt sie allerdings ein: Bei der Aufstellung der Reserveliste für die Landtagswahl 1985 hatte ihr Kreisverband sie für Listenplatz 48 vorgeschlagen, einen Dortmund – männlichen – Mitbewerber für Rang 18. Das Auswahlgremium folgte dieser Empfehlung nicht und ließ beide die Plätze wechseln. In der Abstimmung erhielt Frau Decking-Schwill zwei Stimmen mehr als ihr Konkurrent. Dabei habe wohl ihr Frausein eine Rolle mitgespielt, aber „eine Frau Niemand hätte gewiß nicht die Stimmenmehrheit bekommen“.

Der Landtag wählte die „Newcomerin“ in sein Präsidium. Im Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen sowie im Untersuchungsausschuß Neue Heimat kann sie auf Fachkenntnisse zurückgreifen: In Münster hat sie ein Lehramtsstudium in den Fächern Anglistik und Geographie mit den Schwerpunkten Politische Geographie und Siedlungsgeographie absolviert, auch in der Kommunalpolitik lag hier ihr Hauptarbeitsgebiet. Städtebaupolitik müsse sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren, wobei es – so meint sie – vor allem darauf ankomme, sich vor Modetrends zu hüten. Beispielsweise habe sich inzwischen erwiesen, daß Wohnungsverdichtungen in Hochhauskomplexen eine solche Modetorheit gewesen seien. Heute befürchtet sie, daß die oft propagierte Verkehrsberuhigung in Wohngebieten sich schon bald als

neuer Modetag herausstellen werde. Wahrscheinlich müsse schon in naher Zukunft vieles wieder zurückgebaut werden, weil man zuvor nicht geklärt habe, wo denn der Verkehr nach der Beruhigung bleiben solle.

Zwischen ihrem Fachgebiet und ihrem Hobby besteht eine enge Verbindung. Brunhild Decking-Schwill unternimmt gern Städtereisen; dabei „erobert“ sie die fremden Städte immer vom Mittelpunkt aus und kann so zurückverfolgen, wie diese gewachsen sind und sich um ihre Kerne gruppieren.

Gefragt, was sie für ihre hervorstechende politische Eigenschaft hält, nennt sie die Toleranz. Diese zu üben habe sie schon in Kindheit und Jugend in ihrer ostwestfälischen Geburtsstadt Bünde gelernt. Sie war das einzige Kind einer damals sogenannten „Mischehe“, Mutter katholisch, Vater evangelisch. Als Katholikin in der Diaspora hat sie von ihrer Umwelt viel Toleranz erfahren. Sie hoffe, ihre damals erworbene Lebenseinstellung bis heute bewahrt zu haben: „Man muß zu dem stehen, was man ist, und offen sein für andere.“ Dieser Grundsatz habe sich auch in der Dortmunder Kommunalpolitik bewährt, wo sich die CDU fast schon traditionsgemäß in der Minderheit befindet.

Als Lehrerin hat Brunhild Decking-Schwill nur sehr kurz gearbeitet, Folge der Geburt von zwei – mittlerweile erwachsenen – Töchtern. Nach dem Tod ihres ersten Mannes kehrte sie nicht in die Schule zurück, sondern entschied sich für politische Aktivitäten. Seit kurzem ist sie plötzlich „sechsfache Mutter“: Mitte April heiratete sie den – ebenfalls verwitweten – Dortmunder CDU-Kommunalpolitiker Theo Schwill, Vater von vier Kindern. Ludger Audick